

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Manfred Reimann MdB zum
Konsolidierungsprogramm:
Regierung setzt auf sozialpoli-
tischen Kahlschlag.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zur Ein-
stellung der Bauarbeiten an
brasilianischen Atomreakto-
ren: Deutsch-Brasilianisches
Atomprogramm am Ende.

Seite 3

Gustav Starzmann MdL zur
Agrarbilanz des ausgeschie-
denen CSU-Landwirtschafts-
ministers Kiechle mit Negativ-
Bilanz.

48. Jahrgang / 17

26. Januar 1993

Regierung setzt auf sozialpolitischen Kahlschlag Gedanken zum Solidarpakt

Von Manfred Reimann MdB

Solidarpakt - wer hat das Wort noch nicht gehört? So wie in letzter Zeit davon geredet wurde und wird, wahrscheinlich niemand. Aber bei all dem Gerede um den Solidarpakt ist die eigentliche Bedeutung des Wortes verloren gegangen, und das auch noch ganz unabhängig davon, wie die Koalition diesen Begriff in der Ausgestaltung ad absurdum führt.

'Pakt' bedeutet Vertrag, Bündnis, und 'solidar' ist eine Verkürzung von 'solidarisch' und bedeutet: gemeinsam, übereinstimmend, in der übertragenen Bedeutung schließlich füreinander einstehend, eng verbunden. Der vielbesprochene Solidarpakt ist also nichts anderes als ein Vertrag, der die vertragsschließenden Parteien dazu verpflichtet soll, füreinander einzustehen. Dies ist in der heutigen Zeit der weltweiten Rezession und unter den besonderen Bedingungen der herzustellenden Einheit Deutschlands ganz sicher eine notwendige und lobenswerte Zielsetzung, die sich in der Bevölkerung unter vernünftigen Rahmenbedingungen sicherlich erfolgreich vermitteln ließe. Es bedeutet, daß die Stärkeren für die Schwächeren einstehen, ihnen Unterstützung zukommen lassen, Lasten abnehmen. In bezug auf die Einheit Deutschlands heißt es vor allem, daß der reichere Westen dem ärmeren Osten helfen soll.

Aber wenn ich höre und lese, was die Regierungskoalition unter diesem Begriff des Solidarpakts versteht und wie sie ihn mit Leben füllen, sprich umsetzen will, dann überkommt mich das kalte Grausen. Unter dem Titel 'Föderales Konsolidierungsprogramm' hat der Bundesfinanzminister detailreich niedergelegt, wie der ärmere Teil des Westens dem noch ärmeren Teil des Ostens hilfreich unter die Arme greifen soll, wie bei den sozial Schwächeren abkassiert werden soll. Als besonders unsoziale Punkte sind hier zu nennen:

- Beim Wohngeld werden die Einkommenssätze gesenkt und damit wird insgesamt weniger Wohngeld bewilligt; es wird weniger Freibeträge und Anrechnung bisher unberücksichtigter Einnahmen geben. Auch soll der Pauschalabzug in Höhe von sechs Prozent vom Einkommen wegfallen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos
zu erhalten
Recycling-Papier



- Falls es der Bundesanstalt für Arbeit nicht gelingen sollte, bei der verstärkten Bekämpfung des Mißbrauchs mindestens eine Milliarde einzusparen (Nachweis bis 15. Mai 1993!), werden Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld und Altersübergangsgeld gekürzt (prozentual unterschiedlich nach Familienstand).
- Die Baföganpassung wird bis 1996 verschoben; die Studienabschlußförderung läuft zum 31. September 1993 aus.
- Das Erziehungsgeld soll nun zwar doch erst ab dem 7. Monat (und nicht schon ab dem 1.) einkommensabhängig gezahlt werden, dafür aber wird es von DM 600,- monatlich auf DM 550,- gekürzt.
- Um wieder einen "angemessenen Abstand" zwischen Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen zu erhalten, plant die Regierungskoalition, die Regelsätze herunterzusetzen, die Mehrbedarfszuschläge zu begrenzen, die Altersgrenze für Alterszuschläge von 60 auf 65 Jahre anzuheben sowie die Bewilligungspraxis bei einmaligen (Kann-)Leistungen restriktiver zu handhaben u.a.m.

Wir von der SPD halten nichts von diesem Versuch eines neuerlichen sozialpolitischen Kahlschlags und werden uns an diesem unsozialen Konzept nicht beteiligen. Wir werden uns im Gegenteil darum bemühen, den Arbeitslosen, Studenten und ihren Eltern, den Wehrdienst- und Zivildienstleistenden, den Kindergeldberechtigten, Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern die Lobby, die sie in Bonn nicht haben, zu ersetzen. Wir fordern nach wie vor eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige und eine höhere Beteiligung der Besserverdienenden. Es ist unsinnig und verwerflich, den von der Bevölkerung mehrheitlich akzeptierten weil gerechter greifenden Solidaritätszuschlag mit aller Gewalt bis 1995 hinausschieben zu wollen.

Bei all den Steuerlügen, die sich die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode schon geleistet hat, bleibt der Überblick auf der Strecke. Dies ist also der Steuerlüge x-ter Teil, denn schließlich sind zahlreiche Steuererhöhungen bereits vor 1995 beschlossene Sache:

- So soll bereits zum 1. Juli diesen Jahres die Versicherungssteuer auf 12 Prozent angehoben werden, zum 1. Januar 1995 dann auf 15 Prozent steigen. Diese Erhöhung werden die Versicherungen bis auf den letzten Pfennig weitergeben, so daß für jede Auto-, Haftpflicht und Hausratversicherung die Versicherten extra zur Kasse gebeten werden.
- Die ökologisch unsinnige Autobahngebühr für LKW und PKW ist für 1994 im Gespräch - es kann doch wohl nicht sein, daß einer, der wenig fährt, genauso viel zu zahlen hat wie ein Vielfahrer. Und auch die Mineralölsteuererhöhung bleibt uns nicht erspart.

Was bitte sind dies anderes als Steuererhöhungen?

Trotz der jüngsten Korrekturen beim Kindergeld und beim Erziehungsgeld - dies sind nicht mehr als Vertuschungsmanöver. Die Gerechtigkeitslücke bei der Verteilung der Lasten bleibt enorm. Und eigentlich ist das ursprüngliche Ziel des Solidarpakts sowieso längst auf der Strecke geblieben. Er sollte dazu dienen, Gelder für den Aufbau im Osten bereitzustellen, sinnvolle und zukunftssträchtige Investitionen zu ermöglichen, kurz: eine Perspektive zu eröffnen. Dazu gehört zumindest die gleichzeitige Vorstellung eines industriepolitischen Entwicklungskonzepts. Nichts dergleichen hat die Regierungskoalition vorgelegt. Statt dessen werden wir mit einer völlig inakzeptablen Haushaltskonsolidierung konfrontiert, einem unausgewogenen, unzulänglichen Sparprogramm auf Kosten derer, die sich am wenigsten wehren können.

(-/26. Januar 1993/ks/ks)

Deutsch-Brasilianisches Atomprogramm am Ende

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die neue brasilianische Regierung unter dem neugewählten Präsidenten Itamar Franco hat am Wochenende die endgültige Einstellung der Bauarbeiten am Atomreaktor "ANGRA III" bekanntgegeben. Wie der Sprecher des Präsidenten, Francisco Baker, mitteilte, werde das Projekt unter keinen Umständen fortgesetzt. Auch die Fertigstellung des zweiten in Bau befindlichen Reaktorblocks, "ANGRA II", stehe jetzt zur Disposition. Über die Zukunft von "ANGRA II" werde in den nächsten Wochen entschieden.

Die Errichtung der 1.300 Megawatt-Reaktorblöcke "ANGRA II" und "ANGRA III" war 1975 im deutsch-brasilianischen Atomabkommen vereinbart worden. Mit dieser Ankündigung der brasilianischen Regierung steht das Deutsch-Brasilianische Atomprogramm vor dem Aus.

Die SPD begrüßt die Ankündigung des neuen brasilianischen Präsidenten Itamar Franco. Franco war schon als Senator ein scharfer Kritiker des brasilianischen Atomprogramms gewesen. Seine jetzige Entscheidung zeigt, daß er seiner kernenergie-kritischen Politik treu geblieben ist.

"ANGRA II" galt in den letzten Jahren als Musterbeispiel für das Siechtum und Scheitern des ehemals ehrgeizigen brasilianischen Atomenergieprogramms und für die weitgehend fehlgeschlagene deutsch-brasilianische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie.

Erst im Juli 1992 hatten anläßlich des Besuches des damaligen Brasilianischen Energieministers Pratinha de Moraes deutsche Banken in wenig weitsichtiger Weise versucht, der bislang 4,5 Milliarden Dollar teuren Bauruine wieder Leben einzuhauchen. Ein mit deutschen Mitteln mitfinanzierter Weiterbau wäre ein schwerer entwicklungs- und umweltpolitischer Rückschlag gewesen. Nun wird in den kommenden Wochen drüber entschieden, ob die Bauarbeiten am halbfertigen Atomkraftwerk "ANGRA II", die 1976 unter der Federführung von Siemens begonnen wurden und seit 1986 ruhen, wieder aufgenommen werden oder ob "ANGRA II" zur teuersten Atom-Ruine der Dritten Welt wird.

Die Ankündigung Präsident Itamar Francos gibt Anlaß zur Hoffnung, daß sich in Brasilien die Einsicht durchzusetzen scheint, daß eine Kernenergie-Politik eine entwicklungs-, wirtschafts- und umweltpolitische Sackgassenpolitik ist.

Die Nutzung der Kernenergie ist, selbst wenn man von ihren unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Umwelt absehen möchte, eine ineffiziente und unwirtschaftliche Energieform. Gerade in Brasilien, dem mit über 100 Milliarden Dollar Gesamtverbindlichkeiten höchstverschuldeten Entwicklungsland, blockierte die Großtechnologie Atomenergie bislang Investitionen und Innovation zum Umbau einer energieeffizienteren Gesellschaft.

Gegen den Widerstand der SPD wurde das deutsch-brasilianische Abkommen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie 1990 um fünf Jahre verlängert. Nun schickt sich Brasilien an, diesem Abkommen den Boden zu entziehen. Die SPD sieht sich dadurch in ihrer Haltung bestätigt und fordert die Bundesregierung auf, Brasilien bei der effizienteren Energienutzung, der Energieeinsparung sowie beim Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien zu unterstützen.

(-/26. Januar 1993/ks/ks)

Kiechle mit Negativ-Bilanz

CSU-Agrarpolitik zeichnet sich durch fünffaches Versagen gerade gegenüber den bayerischen Bauern aus

Von Gustav Starzmann MdL

Hörbar aufgeatmet hat die CSU, als bei der Umbildung des Bundeskabinetts der Kelch des Landwirtschaftsministers an ihr vorbeigegangen ist: Offenbar hat die CSU eingesehen, daß sie mit ihrem agrarpolitischen Latein am Ende ist.

Gerade für die bayernische Landwirtschaft hat Minister Kiechle nichts herausholen können. Die Bilanz des letzten CSU-Landwirtschaftsministers fällt negativ aus. In einer Bilanz, die man weder Kiechle noch der CSU, die sich so klammheimlich aus der Verantwortung für ihre Agrarpolitik und die Landwirte davonstellen will, ersparen kann, wird ein fünffaches Versagen der CSU-Agrarpolitik gerade gegenüber den bayerischen Bauern deutlich:

1. Die bayerischen Bauernhöfe stehen weiter auf der 'roten Liste' ganz oben, obwohl unter Minister Kiechle in Bayern mindestens 60.000 Bauernhöfe aufgehört haben zu existieren.
2. Minister Kiechle hat die Bestandsobergrenzen und die Flächenbindung weit über den bäuerlichen Familienbetrieb hinaus nach oben geschraubt. Die CSU mußte ihren Gesetzentwurf zur 'Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft' sang- und klanglos zurückziehen und in der Versenkung verschwinden lassen.
3. Die landwirtschaftlichen Märkte sind nach wie vor von großen Überschüssen bei Getreide, Milch und Rindfleisch gekennzeichnet. Die Steuerzahler müssen ständig mehr Geld für die Überschußverwaltung aufbringen. Gleichzeitig sinken die Erlöse der Landwirte.
4. Die von Minister Kiechle eingeleitete Milchkontingentierung hat zu großen Ungerechtigkeiten geführt. Viele kleinere und mittlere Betriebe verloren durch die Kürzung ihre Existenz als Milcherzeuger. Andererseits wurden Quoten zur Aufstockung und Betriebsvergrößerung so großzügig verteilt, daß Milch noch immer ein Überschußprodukt ist.
5. Seine größte agrarpolitische Fehlleistung beging Minister Kiechle mit der Flächenstillegung, die er in bekannter Halsstarrigkeit europaweit hoffähig gemacht hat. Mit der Flächenstillegung wurde die doppelgleisige Agrarpolitik von Aufhören und Aufstocken perfektioniert. Mit der Flächenstillegung hat Minister Kiechle dem ländlichen Raum insgesamt ein Signal zum Aufhören gegeben. Wer Landwirtschaft und Kulturlandschaft stilllegen will, zeigt, daß er agrarpolitisch am Ende ist.

Der agrarpolitische Einfluß der CSU wird weiter zurückgehen. Daran ändert auch der inzwischen im Landwirtschaftsministerium gelandete Gröbl nicht mehr, der ganz offensichtlich über das Abstellgleis Landwirtschaftsministerium an seiner Bonner Endstation angekommen ist.

(-/26. Januar 1993/ks/ks)
